

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300075/7 - Hag

Linz, am 25. Juni 1985

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Lohn-
pfändungsgesetz neuerlich geän-
dert wird (LPfG-Novelle 1985);
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Befrucht. GESETZENI WÜ.
Zl. 3P -GE/19 85
Datum: 28. JUNI 1985
Verteilt: 3.7.85 <i>Hofer</i>

Di Bauer

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Justiz versandten Gesetz-
entwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300075/7 - Hag

Linz, am 25. Juni 1985

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Lohn-
pfändungsgesetz neuerlich geän-
dert wird (LPfG-Novelle 1985);
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 12006/58-I 5/85 vom 9. Mai 1985

An das

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 9. Mai 1985 versandten Gesetzentwurf wie folgt
Stellung zu nehmen:

Nach der in Kraft stehenden Bestimmung des § 3 Z. 4 des
Lohnpfändungsgesetzes sind "Weihnachtszuwendungen bis zum
Betrag der Hälfte des monatlichen Arbeitseinkommens,
höchstens aber bis zum Betrag von S 3.300,--" pfändungsfrei.

Die vorgesehene Neuregelung würde bewirken, daß Weihnachts-
zuwendungen dem gewöhnlichen pfändbaren Arbeitseinkommen zu-
geschlagen werden, wenn der pfändungsfreie Betrag in Höhe
von S 3.300,-- des zweiten Kalenderhalbjahres bereits konsu-
miert wurde. Auf Grund sozialer Überlegungen sollte eher
erwogen werden, den pfändungsfreien Pauschalbetrag pro Ka-
lenderhalbjahr herabzusetzen und die Weihnachtszuwendungen
bis zu einem bestimmten Betrag weiterhin unpfändbar zu be-
lassen.

- 2 -

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß sich das Wort "sonstige" am Beginn des neuen § 3 Z. 4 nicht nur auf die Z. 1 bis 3 dieser Bestimmung, sondern auch auf die Z. 5 bis 8 zu beziehen scheint, weshalb die Neuregelung eher am Schluß der Aufzählung des § 3 einzureihen wäre.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

